

Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 15.10.2012 in Berlin
Antragsteller: Peter Erl, MU Bayern

Energiewende mittelstands- und verbraucherverträglich umsetzen

Die CDU Deutschlands, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die deutschen Vertreter in der EVP-Fraktion werden aufgefordert, auf eine mittelstands- und verbraucherfreundliche Umsetzung der Energiewende hinzuwirken. Insbesondere ist zeitnah umzusetzen:

- die Lösung der Blockaden im Bundesrat zur energetischen Gebäudesanierung,
- die zeitnahe Vorlage des Bundesbedarfsplans für den Ausbau der Stromnetze,
- die Einführung der Haftungsbegrenzung für die Netzanbindung von Offshore-Windanlagen,
- die schrittweise Abschaffung der doppelten Steuerbelastung der Energie durch Energie- und Mehrwertsteuer,
- die Neuregelung der Verordnung zur Vergütung abschaltbarer Lasten für energieintensive Unternehmen mit weitestmöglicher Kompensation und
- die Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik.

Begründung:

Mit der Verabschiedung der Gesetze zur Energiewende in Bundestag und Bundesrat ist ein grundlegender Umbau der Energieerzeugung und Energieversorgung in Deutschland verbunden. Wir befinden uns mitten in einer enormen Herausforderung, die Energiewirtschaft, Politik und Gesellschaft nur gemeinsam bewältigen können. Dieser Umbau darf nicht zu Lasten des Mittelstands, also des Rückgrats der deutschen Wirtschaft, gehen, sondern muss unter Berücksichtigung der drei Prinzipien Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit umgesetzt werden. Insbesondere der Erhalt der energieintensiven Industrien als Grundlage der industriellen Wertschöpfungskette in Deutschland als einem der weltweit stärksten Industrieländer bedarf sofortiger Maßnahmen. Dabei ist unbedingt notwendig dem marktwirtschaftlichen Prinzip Rechnung zu tragen. Fairer Wettbewerb auf den Energiemärkten ist der effizienteste Mechanismus zur Nutzung von Energieressourcen und zur Gewährleistung wirtschafts- und verbraucherfreundlicher Energiepreise. Grundsätzlich ist eine europäische Lösung anzustreben, um dem Grundanliegen – eine sichere und preiswerte Energieversorgung im Rahmen eines ausgewogenen und nachhaltigen Energiemixes – gerecht zu werden. Eine gemeinsame europäische Energiepolitik kann die Versorgungssicherheit unserer Volkswirtschaft und ein Auftreten mit einer Stimme gegenüber den Produzentenländern besser gewährleisten.